



Pressemitteilung

Presseanfragen: +41 61 280 8188
press@bis.org
www.bis.org

Ref.-Nr.: 60/2013G

27. August 2013

Bericht des Basler Ausschusses an die Staats- und Regierungschefs der G20 über die Umsetzung von Basel III

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hat heute seinen [vierten Bericht an die Staats- und Regierungschefs der G20 über die Fortschritte bei der Umsetzung der Regulierungsreformen von Basel III](#) veröffentlicht. Dieser Bericht wurde für das G20-Gipfeltreffen vom 5./6. September in St. Petersburg erstellt.

Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben der vollständigen, konsequenten und zeitnahen Umsetzung von Basel III stets hohe Priorität beigemessen. Dem heute erschienenen Bericht zufolge sind wesentliche Fortschritte zu verzeichnen:

- bei der Umsetzung der Basler Standards in den Mitgliedsländern des Basler Ausschusses
- bei der Harmonisierung der Eigenkapitalvorschriften in den verschiedenen Mitgliedsländern des Ausschusses
- beim Abschluss der verbleibenden Reformen, die nach der Krise in die Wege geleitet wurden und Teil der Basler Rahmenregelungen sind

Stefan Ingves, Vorsitzender des Basler Ausschusses und Gouverneur der Sveriges Riksbank, hielt fest, dass seit der letzten Standortbestimmung in vielen Bereichen wesentliche Fortschritte erzielt worden seien. In zahlreichen Mitgliedsländern des Ausschusses seien die Basel-III-Regelungen inzwischen in Kraft getreten. Zudem trage das vom Ausschuss eingerichtete Verfahren zur Bewertung der Übereinstimmung der Aufsichtsregelungen mit Basel III dazu bei, dass die Umsetzung der Basler Standards in den verschiedenen Ländern einheitlicher erfolge. Dies seien positive Entwicklungen, die helfen würden, ein widerstandsfähiges Bankensystem aufzubauen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die regulatorischen Eigenkapitalquoten zu stärken. Doch es gäbe noch mehr zu tun. Beispielsweise seien bei den Risikogewichten übermässig grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Banken festgestellt worden, und der Basler Ausschuss prüfe derzeit eine Reihe von Massnahmen zur Verringerung dieser Unterschiede.